

Tätigkeitsbericht Medinetz Hannover e.V. 2020

Der Verein Medinetz Hannover hat es sich zum Ziel gesetzt die öffentliche Gesundheitspflege zu fördern und Menschen ohne Krankenversicherung und ohne Zugang zum Gesundheitssystem zu unterstützen. Dies setzten wir in den drei aufgeführten Kalenderjahren um, indem wir gesundheitliche Beratung anboten und hilfsbedürftigen, in Deutschland lebenden Menschen praktisch und materiell halfen, eine medizinische Versorgung zu erlangen. So war in allen drei aufgeführten Kalenderjahren die Weitervermittlung an kooperierende ÄrztInnen ein wesentlicher Bestandteil unserer täglichen Arbeit. Neben der gesundheitlichen Beratung und Vermittlung übernehmen wir anfallende medizinische Kosten (Labor-, Untersuchungs- und Behandlungskosten) und kooperieren eng mit verschiedenen Flüchtlingsinitiativen wie beispielsweise Kargah e.V. oder der Refugee Law Clinic, um wichtige rechtliche Fragen der Betroffenen zu klären. Da der Großteil unserer kooperierenden ÄrztInnen die Betroffenen unentgeltlich behandelt, können wir die Ausgaben im ambulanten Bereich begrenzt halten. Zeitlich gesehen, nimmt die Vermittlungsarbeit dagegen einen relativ großen Anteil unserer Arbeit in Anspruch. Wir teilen uns diese Arbeit in einwöchigen Diensten, in denen jeweils ein Vereinsmitglied Anrufe annimmt, Arzttermine ausmacht, notwendige Informationen weitergibt und zu weiteren Anlauf- und rechtlichen Beratungsstellen vermittelt. Bei unseren wöchentlichen Treffen besprechen wir im Team die aktuellen Fälle und planen das weitere Vorgehen. Zusätzlich kommen aber immer wieder Patient*innen auf uns zu, die eine stationäre Krankenhausbehandlung benötigen. Die Kosten für eine solche Behandlung sind sehr hoch und unser Verein ist nicht immer in der Lage den betroffenen Menschen zu helfen, da die Spendeneinnahmen sehr stark variieren. Der Großteil der Menschen, die uns aufsuchen, haben akute Beschwerden und Schmerzzustände. Eine weitere große Gruppe sind schwangere Patientinnen. Der kleinere Teil der Hilfesuchenden kommt mit chronischen Erkrankungen.

Wie für uns alle privat, war die Corona-Pandemie dieses Jahr auch für uns als Medinetz eine zentrale Herausforderung. Viele Hannoveraner Hilfsorganisationen sahen sich im März dazu gezwungen, ihre Sprechstunden und Versorgungsangebote einzustellen. Wir haben uns entschieden, weiterhin telefonisch erreichbar zu sein und auf diesem Weg medizinische Hilfe

zu vermitteln. Unsere wöchentlichen Treffen halten wir seit März digital ab. Menschen ohne Krankenversicherung sind dem Risiko einer Covid-19-Infektion ebenso wie andere Bevölkerungsgruppen ausgesetzt. Anders als andere Bevölkerungsgruppen haben sie jedoch einen stark erschwerten Zugang zu Versorgungsstrukturen. Das Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf einer Covid-19-Infektion und erhebliche gesundheitliche Folgen sind dadurch stark erhöht. Zudem steigt durch den Wegfall von Versorgungsstrukturen die Gefahr einer Weiterverbreitung der Infektion innerhalb der Gesellschaft.

Mit diesem Anliegen wanden wir uns bereits im Frühjahr in einem offenen Brief an die niedersächsische Landesregierung, sowie Kommune und Region Hannover. Nicht erst seit Corona, aber durch die Pandemie in verschärftem Maße zeigt sich, dass die Realisierung des Menschenrechts auf Gesundheitsversorgung nicht von ehrenamtlichem Engagement und Spenden abhängen darf. Dafür setzen wir uns seit Jahren politisch ein. Wir führten Zeitungsinterviews durch, erhielten Unterstützung von öffentlichen Personen und Organisationen. Doch trotz vielfältigen zustimmenden Rückmeldungen bleibt ein tatsächlich verantwortliches politisches Handeln bisher aus.

So schön es ist, Menschen konkret unterstützen zu können, so unglaublich frustrierend ist es, dass wir hier eine staatliche Aufgabe übernehmen und dies – wir arbeiten rein ehrenamtlich und spendenfinanziert – nicht im notwendigen Umfang leisten können.

Ein Konzept für eine durch Landesmitteln finanzierte „Gesundheitshilfe für Menschen ohne Krankenversicherung“ haben wir bereits in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk Hannover entwickelt und der Landesregierung vorgelegt. Leider warten wir weiter auf eine klare Bereitschaft, auf dieser Grundlage eine Versorgungsstruktur zu entwickeln. Auf Regionalebene ergaben sich in der zweiten Jahreshälfte einige aussichtsreichere Gespräche. Inwiefern auf dieser Ebene die Etablierung sicherer Versorgungsstrukturen realistisch ist, wird sich in den nächsten Wochen und Monaten zeigen.

So blicken wir auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Gerade angesichts des fehlenden politischen Handelns, sind wir über das Netz von Unterstützerinnen, Unterstützer und Engagierten sehr froh. Da im letzten Jahr einige neue Gesichter in unseren Verein hinzukamen, sind wir zuversichtlich auch im kommenden Jahr so einiges auf die Beine stellen zu können.